Beratungsdrucksache

Nr.: DS9/3826

Federführend:
61.2 Abteilung Städtebauliche Planung

Status: öffentlich
Datum: 24.08.2020
Verfasser: Annett Schwarz

**2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 "Auf der Insel" gem. § 2 BauGB
hier: a) Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs des Plangebiets
b) Beratung über eingegangene Stellungnahmen
c) Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

vorgesehene Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
30.09.2020	Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung	Vorberatung
06.10.2020	Rat der Stadt Iserlohn	Entscheidung

Gesehen Bm:	
-------------	--

Mitzeichnungen:

Name:						
Handzeichen:						

Beschlussumsetzung bis:	2020	Beschlusskontrolle:	Ja		Nein	X
	Betrag:	I-Auftrag:	Produktnummer:			
Investive Auszahlungen in €	--					
Investive Einzahlungen in €	--					

	Betrag:	einmalig	laufend	ggf. bis	Produktnummer:
Personalaufwand in € (p/a)	--				
Sachaufwand in € (p/a)	--				
Erträge in € (p/a)	--				

Beschlussvorschlag:

- a) Gemäß den im beigefügten Lageplan dargestellten Bereich wird die Änderung des Geltungsbereichs der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 „Auf der Insel“ beschlossen. Der Lageplan wird Bestandteil dieses Beschlusses.

- b) Die Stellungnahmen der Verwaltung zu den während der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen werden in den Abwägungsprozess eingestellt und entsprechend beschlossen.

Hinweis:

Das Ergebnis der Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB kann inhaltlich nicht als endgültig betrachtet werden. Die Abwägung ist insgesamt nur rechtmäßig, wenn alle Stellungnahmen aus allen Beteiligungsschritten in sie eingeflossen sind. Dies erfolgt im Rahmen des Abwägungsprozesses vor Fassung des Satzungsbeschlusses.

- c) Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 „Auf der Insel“ ist gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Sachverhalt:

Der Rat der Stadt hat am 29.05.2018 die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 „Letmathe – Auf der Insel“ gem. § 2 BauGB beschlossen.

Ziel der Änderung des Bebauungsplans ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung für die Fortführung des Fuß- und Radweges östlich der Straße „Auf der Insel“ entlang der Lenne. Mit dem Bau des Weges soll einerseits die Radwegeverbindung in Letmathe künftig verbessert und andererseits die überregionale Lenneroute weiter optimiert werden.

Der Abschnitt „Wegtrasse zwischen Letmathe und Stadtgrenze Hagen“ soll planungsrechtlich gesichert werden über die 2. Änderung des o. g. Bebauungsplans Nr. L 35 „Auf der Insel“ (nördlicher Teil) sowie über die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 260 „Letmathe – Oeger Straße“ (südlicher Teil).

Aufgrund der südlichen Anbindung des Fuß- und Radwegs an die Straße „Auf der Insel“ ist es notwendig, die Darstellung für diesen Bereich im Flächennutzungsplan von „Gewerbliche Baufläche“ in „Grünfläche“ anzupassen. Diese Berichtigung kann aber erst nach Genehmigung des zurzeit in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplans erfolgen. Um die Realisierung des Projekts „Lenneradweg“ im Abschnitt „Auf der Insel“ nicht zeitlich zu verzögern, soll der Geltungsbereich des angrenzenden Bebauungsplans Nr. 260 geringfügig nach Norden erweitert werden und der Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 entsprechend zurückgenommen werden. Der neue Geltungsbereich soll daher gemäß des beigefügten Lageplans beschlossen werden.

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom 02.05.2019 bis einschließlich 17.05.2019. Es wurden keine Stellungnahmen von der Öffentlichkeit zum Verfahren abgegeben.

Im Zeitraum vom 23.04.2019 bis einschließlich 27.05.2019 wurde die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Hierzu liegen Stellungnahmen vor. Plangrundlage für die Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB war der Entwurf des Bebauungsplans in der Trassenvariante 2 (Trassierung im Bereich der Lenneau).

Nach einem gemeinsamen Abstimmungstermin am 03.06.2019 mit dem Märkischen Kreis, Untere Landschaftsbehörde gab es neue Erkenntnisse, die eine Verschiebung der Trasse im Entwurf des Bebauungsplans erforderlich machten. Zur Schonung der wertvollen und sensiblen Areale der Lenneau wurde die Trassenführung im Entwurf angepasst. Die Trasse sollte nun im nördlichen Bereich, im Gegenteil zur vorherigen Planung parallel in direkter Nachbarschaft zur vorhandenen Straße „Auf der Insel“ verlaufen (Trassenvariante 3 - Trassierung östlich, parallel zur Straße „Auf der Insel“ in der öffentlichen Grünfläche). Im weiteren südlichen Verlauf soll der geplante Fuß- und Radweg dann mittig in die öffentlichen Grünfläche verschwenken.

Der Öffentlichkeit wurde nach Änderung der Trassenführung, auf Grundlage der Trassenvariante 3 im Zeitraum vom 04.07.2019 bis einschließlich 19.07.2019 nochmals Gelegenheit gegeben, sich im Rahmen einer erneuten frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB über die Planung zu informieren und Stellungnahmen zur Planung abzugeben. Es wurden keine Stellungnahmen von der Öffentlichkeit zum Verfahren und der neuen Trassenführung abgegeben.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden ebenfalls noch einmal beteiligt. Im Zeitraum vom 27.06.2019 bis einschließlich 29.07.2019 wurde die erneute frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Hierzu liegen Stellungnahmen vor.

Als nächster Verfahrensschritt war nun geplant, in der Ratssitzung am 08.10.2019 den Beschluss zur öffentlichen Auslegung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 fassen zu lassen. Im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung am 18.09.2019 wurde die Verwaltung beauftragt, entgegen der vorliegenden Stellungnahme des Märkischen Kreises vom 29.07.2019 das Planverfahren auf der Grundlage der Trassenvariante 2 (Führung des Radwegs im Bereich der Lenneae) wieder aufzunehmen und fortzuführen. Der in der Ratssitzung am 08.10.2019 gefasste Beschluss zur öffentlichen Auslegung auf Grundlage der Trassenvariante 3 wurde aufgrund der Trassenänderung entsprechend wieder zurückgezogen.

Da bisher nur eine Artenschutzprüfung für den Bereich der Trassenvariante 3 vorliegt, ist aufgrund der geänderten Trassenführung für die Trassenvariante 2 eine erneute Artenschutzrechtliche Vorprüfung (ASP I) durchzuführen.

Im Dezember 2019 wurde auf Basis der Trassenvariante 2 zur Erstellung der Artenschutzprüfung eine Avifaunistische Kartierung sowie eine Fledermauskartierung in Auftrag gegeben. Bereits die Ergebnisse der Artenschutzprüfung aus 2019 für den südlichen Abschnitt des Radwegs im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 260 ergaben, dass zahlreiche planungsrelevante Arten im Bereich der Lenneae brüten und leben. Diese vorliegenden Ergebnisse lassen auch mögliche Rückschlüsse auf Vorkommen planungsrelevanter Arten im Bereich der Trassenvariante 2 im Bebauungsplan Nr. L 35 zu.

Der vom März bis Juni 2020 erarbeitete avifaunistische Fachbeitrag auf Grundlage der Trassenvariante 2 (siehe Anlage 9 der DS) kommt zum Ergebnis, dass das Plangebiet

„...aufgrund seiner naturnahen Struktur, seines Baumhöhlenreichtums und des überwiegend standorttypischen Bewuchses, der geringen Flächengröße zum Trotz, eine nicht unerhebliche avifaunistische Bedeutung hat. Es gewinnt insbesondere vor dem Hintergrund der starken Zersiedelung und weiterer anthropogener Störungen des Lennetals an Wert. Deshalb sollte die betreffende Fläche nicht durch den Bau eines Radweges zerschnitten werden.“

Die Artenschutzrechtliche Vorprüfung vom August 2020 kommt insgesamt zum Ergebnis, dass aus artenschutzrechtlichen Belangen von einer Trassenführung gemäß der Variante 2 dringend abzuraten ist.

„Als Ergebnis der Artenschutzrechtlichen Vorprüfung (ASP Stufe I) mit selektiver Geländebegehung ist zurzeit bei Variante 2 von einer Verletzung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG (Nr. 1 bis 3) im Hinblick auf planungsrelevante Arten auszugehen.“

Die sich aus den Kartierungen ergebenden bedeutsamen Vorkommen geschützter und planungsrelevanter Arten machen eine Umsetzung der Variante 2 obsolet. Die Trasse ist, um realisierbar zu sein, in ihrer Linienführung direkt an die Straße „Auf der Insel“ zu verschieben (Variante 3), um die Weichholzaue und den Bestand planungsrelevanter Arten zu erhalten.“

Der Beschluss zur öffentlichen Auslegung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 soll daher auf Grundlage des Bebauungsplan-Entwurfs mit der Trassenvariante 3 erfolgen.

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

Eingegangene Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB

(Grundlage – Trassenvariante 2)

Märkischer Kreis

Mit Schreiben vom 24.05.2019, AZ: 44-61.22-06 004/19 wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...eine abschließende Stellungnahme zum o. g. Verfahren kann Seitens der Unteren Naturschutzbehörde derzeit noch nicht abgegeben werden.

Im Rahmen einer Vorabstimmung und einer gemeinsamen Begehung im Jahr 2018 wurde der Stadt Iserlohn bereits mitgeteilt, dass eine Trassenverschiebung nach Westen, auf oder an die Erschließungsstraße sowie im weiteren Verlauf direkt an die angrenzende (gewerbliche) Bebauung, wesentlich verträglicher wäre.

Dies wäre auch aus gewässerökologischer Sicht zur Schonung des Retentionsraumes (Vegetation bzw. Ufergehölzvegetation, Auenboden) und zur Wasserrückhaltung günstiger zu beurteilen. Durch die mit der Gehölzrodung verbundene Aufflichtung würde zudem einer verstärkten Ansiedlung problematischer Neophyten Vorschub geleistet.

Um eine abschließende Stellungnahme abgeben zu können, sollte von der Stadt Iserlohn begründet und dokumentiert werden, warum der damals abgestimmten Trassenplanung nun nicht gefolgt wurde. Sobald die Erläuterung hier vorliegt, wird diese auch dem Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde vorgelegt.

Weitere Anregungen der hier beteiligten Fach- u. Sachdienste liegen nicht vor...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.

Hinsichtlich der Lage des künftigen Fuß- und Radwegs im Bereich „Auf der Insel“ fanden am 15.10.2018 und 03.06.2019 Abstimmungstermine mit der Verwaltung, dem Märkischen Kreis und dem Umweltbeirat des Märkischen Kreises statt. Dabei wurden verschiedene Trassenführungen diskutiert und untersucht. Die Trassenvarianten wurden gemäß einzelner Kriterien gegeneinander abgewogen.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Trassenvarianten:

1. Führung des Radwegs im Bereich der Verkehrsfläche „Auf der Insel“
2. Trassierung im Bereich der Lenneaeu
3. Trassierung östlich, parallel zur Straße „Auf der Insel“ in der öffentlichen Grünfläche

Um die Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen wurden folgende Einzelkriterien in die Untersuchung eingebunden:

- Lage
- Attraktivität
- Nähe zur Lenne / Erlebbarkeit
- Flächenversiegelung / Eingriffsbewertung
- Verkehrssicherheit

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der Trassenführungen gegeneinander sowie in Abstimmung mit dem Märkischen Kreis, hat sich die Trassenvariante 3 „Führung des Radwegs parallel, angrenzend zur Straße „Auf der Insel“ als die am ehesten geeignete Trasse herauskristallisiert. Mit der geänderten Trassenführung wird der wertvolle und sensible Auenbereich geschont, Gehölzrodungen und damit einhergehende Konflikte hinsichtlich des Artenschutzes werden minimiert.

Der Stellungnahme wird damit gefolgt.

Amprion GmbH

Mit Schreiben vom 25.04.2019, AZ: 131298 wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.

Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet. Die weiteren Versorgungsunternehmen wurden beteiligt.

Der Stellungnahme wird damit gefolgt.

Deutsche Telekom AG

Mit Schreiben vom 23.04.2019, AZ: PTI 33, PB 1L wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Gegen den o.g. Bebauungsplan bestehen keine Einwände. Wir bitten Sie, uns über den weiteren Planungsstand zu informieren...

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

GASCADE

Mit Schreiben vom 30.04.2019, AZ: 99.99.99.000.00690.19 wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.

Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.

Sollten externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs erforderlich sein, sind uns diese ebenfalls zur Stellungnahme vorzulegen. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen...

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.

Die weiteren Versorgungsunternehmen wurden beteiligt.

Der Ausgleich für das durch die Planung hervorgerufene Kompensationsdefizit erfolgt im Plangebiet. Externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs sind damit nicht erforderlich.

Der Stellungnahme wird damit gefolgt.

LWL Archäologie für Westfalen

Mit Schreiben vom 24.04.2019, AZ: 985rö19.eml wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...Wir verweisen auf den im Bebauungsplan genannten Punkt 3. Bodendenkmäler. Ansonsten bestehen unsererseits keine Bedenken...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

PLEdoc GmbH

Mit Schreiben vom 18.04.2019, AZ: 20190402496 wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:

- *Open Grid Europe GmbH, Essen*
- *Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen*
- *Ferngas Nordbayern GmbH (FG), Netzbetrieb Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg*
- *Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen*
- *Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen*
- *Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund*
- *Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen*
- *GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)*
- *Viatel GmbH, Frankfurt*

Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.

Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.

Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.

Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.

Der Ausgleich für das durch die Planung hervorgerufene Kompensationsdefizit erfolgt im Plangebiet. Externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs sind damit nicht erforderlich.

Der Stellungnahme wird damit gefolgt.

Unitymedia GmbH

Mit Schreiben vom 14.05.2019, AZ: 346219 wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...Im Planbereich befinden sich keine Versorgungsanlagen der Unitymedia NRW GmbH. Deshalb haben wir keine Einwände gegen die o. a. Planung...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Vodafone GmbH, Niederlassungen Nord-West und West

Mit Schreiben vom 18.04.2019 wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

*„...In den von Ihnen angegebenen Planungsbereichen befinden sich KEINE Glasfaserleitungen und Kabelschutzrohre der:
X Vodafone GmbH (ehem. ISIS / ehem. Arcor AG & Co. KG)...“*

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Wasserwerke Westfalen GmbH

Mit Schreiben vom 18.04.2019 wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...wir informieren Sie darüber, dass die Belange der Wasserwerke Westfalen GmbH durch die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. L 35 nicht berührt werden...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Westnetz GmbH - Dokumentation

Mit Schreiben vom 18.04.2019 wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...in dem angegebenen Bereich befinden sich keine Erdgashochdruckleitungen der innogy Netze Deutschland GmbH.

Die Westnetz GmbH, als größter Verteilnetzbetreiber Deutschlands, ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der innogy SE und verantwortlich für Planung, Bau, Instandhaltung und Betrieb aller innogy-Netze.

Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf Erdgashochdruckleitungen der innogy Netze Deutschland GmbH mit einem Betriebsdruck $\geq 5\text{bar}$...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Enervie Vernetzt GmbH

Mit Schreiben vom 07.05.2019 wurde im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...gegen die 2. Änderung des o. g. Bebauungsplans bestehen unsererseits keine Bedenken. Das Plangebiet liegt außerhalb unseres Versorgungsgebietes. Hier unterhalten wir keine Versorgungsleitungen bzw. -anlagen...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Eingegangene Stellungnahmen im Rahmen der erneuten frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB

(Grundlage - Trassenvariante 3)

Märkischer Kreis

Mit Schreiben vom 29.07.2019, AZ: 44-61.22-06 006/19 wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...die geplante Maßnahme befindet sich vollständig im Überschwemmungsgebiet der Lenne. Deshalb ist hierfür ein entsprechender wasserrechtlicher Antrag bei der UWB zu stellen. Nach Erteilung der Genehmigung bestehen aus Sicht der Unteren Wasserbehörde keine Bedenken mehr.

Die zur Stellungnahme vorliegenden zwischenzeitlich überarbeiteten Unterlagen enthalten eine Prüfung von alternativen Trassenführungen. Die im Ortstermin am 03.06.2019 angeregte Verschiebung der Trasse nach Westen an die Erschließungsstraße hin wurde in den aktualisierten Planunterlagen berücksichtigt und dient der Schonung der sensiblen Areale der Lenneae. Von daher wird die geänderte Trassenführung Variante 3 mit Stand Juni 2019 seitens der Unteren Naturschutzbehörde ausdrücklich begrüßt.

Eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung unter exakter Ermittlung der Eingriffe in Natur und Landschaft sowie Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind im weiteren Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans zu ergänzen. Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde wäre es hinsichtlich der noch zu ergänzender Kompensationsmaßnahmen sinnvoll, wenn ein Ausgleich wasserbaulicher oder ökologischer Art im Gewässer bzw. in der Aue erfolgen würde. Sofern ein Ausgleich nicht an der Lenne möglich ist, wäre dies auch an einem anderen Gewässer denkbar.

Der Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde wurde am 04.07.2019 erneut beteiligt und um Stellungnahme zu den geänderten Planunterlagen gebeten. Seitens des Beirates werden keine weiteren Anregungen und Bedenken geltend gemacht.

Weitere Anregungen der hier Beteiligten Fach- u. Sachdienste liegen nicht vor...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans wurde eine Landschaftspflegerische Begleitplanung einschließlich einer Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung erarbeitet. Landschaftspflegerischer Begleitplan einschließlich Biotoptypenkartierung sowie Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung sind als gesonderter Teil der Begründung beigelegt.

Der Eingriff erfolgt ausschließlich außerhalb der mit standorttypischen Gehölzen bestandenen Lenneae (Biototyp Bruch-, Auenwald). In diesem Bestand sind auch keine Maßnahmen geplant, die einen unmittelbaren Zugang zum Wasser ermöglichen.

Laut Planungsentwurf ist bei einer Ausbaubreite von 3,00 m von einer Flächenversiegelung von 1.345 m² auszugehen.

In Anlehnung an die Biotoptypenliste des Märkischen Kreises erfolgte die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung.

Nach Durchführung der im Landschaftspflegerischen Begleitplan beschriebenen Maßnahmen zur Konfliktminderung, zu den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie den Landschaftspflegerischen Maßnahmen ergibt sich aus der Eingriffsbilanzierung mit Kompensationsmaßnahmen in der Gesamtbilanzierung sogar ein Plus von 3.017 Biotopwertpunkten.

In der Stellungnahme des Märkischen Kreises wird angemerkt, dass ein Ausgleich in der Lenneae oder am Gewässer als sinnvoll erachtet wird. Am 03.06.2019 fand ein Ortstermin mit der Unteren Naturschutzbehörde des Märkischen Kreises statt. Seitens des Kreises wurde hingewiesen, dass die Auenlandschaft konsequent zu schützen und möglichst nicht in Anspruch zu nehmen ist. Auch wies der Kreis auf die bekannte Tatsache hin, dass die Fläche des Bebauungsplangebiets sich im Biotopverbundkataster des LANUV befindet.

Der Geltungsbereich des B-Plans stellt eine Teilfläche der im Biotopkataster des LANUV verzeichneten Biotopverbundfläche mit der Objektkennung „BK-4611-0159 Lennetal zwischen Oege und Letmathe“ dar.

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) entwickelt das Biotopverbundsystem für NRW.

„...Der Biotopverbund dient der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen, einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen...“

Erklärtes Schutzziel für diese Biotopverbundfläche ist daher die Erhaltung eines relativ naturnahen Abschnitts des Lennetales, das in einem intensiv genutzten Landschaftsraum zur strukturellen Vielfalt beiträgt. Aufgrund dieses Ziels stellt eine Kompensationsmaßnahme im Bereich der Lenneae bzw. in der Lenne, die eine Verbesserung darstellen soll einen Widerspruch dar und ist damit nicht umsetzbar.

Mit hinzu kommt, dass aufgrund der teilweise langen Planungen und Vorlaufzeiten eine zeitnahe Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Lenne nicht möglich ist, und einem unmittelbaren Ausgleich für das laufende Planverfahren entgegensteht. Die im Landschaftspflegerischen Begleitplan dargestellten Maßnahmen bewirken die Entwicklung eines durch strukturelle Vielfalt gekennzeichneten Lebensraums im Sinne des Biotopverbundsystems.

Der Stellungnahme wird damit nur teilweise gefolgt.

GASCADE

Mit Schreiben vom 03.07.2019, AZ: 99.99.99.000.00690.19 wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.

Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.

Sollten externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs erforderlich sein, sind uns diese ebenfalls zur Stellungnahme vorzulegen. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet. Die weiteren Versorgungsunternehmen wurden beteiligt.

Der Ausgleich für das durch die Planung hervorgerufene Kompensationsdefizit erfolgt im Plangebiet. Externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs sind damit nicht erforderlich.

Der Stellungnahme wird damit gefolgt.

LWL Archäologie für Westfalen

Mit Schreiben vom 27.06.2019, AZ: 1642rö19.eml wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...Wir verweisen auf den im Bebauungsplan genannten Punkt 3. Bodendenkmäler. Ansonsten bestehen unsererseits keine Bedenken...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Telefonica

Mit Schreiben vom 16.07.2019 wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...die Überprüfung Ihres Anliegens ergab, dass keine Belange von Seiten der Telefonica Germany GmbH & Co. OHG zu erwarten sind. Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigefügt zur E-Mail ein digitales Bild. Das Plangebiet ist im Bild mit einer dicken roten Linie

ingezeichnet. Die farbige Linie versteht sich als Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindung von der Telefonica Germany GmbH & Co. OHG.

Sollten sich noch Änderungen der Planung / Planungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

PLEdoc GmbH

Mit Schreiben vom 26.06.2019, AZ: 20190602623 wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:

- Open Grid Europe GmbH, Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Nordbayern GmbH (FG), Netzbetrieb Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen
- GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)
- Viatel GmbH, Frankfurt

Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.

Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.

Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.

Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.

Der Ausgleich für das durch die Planung hervorgerufene Kompensationsdefizit erfolgt im Plangebiet. Externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs sind damit nicht erforderlich.

Der Stellungnahme wird damit gefolgt.

Vodafone GmbH, Niederlassungen Nord-West und West

Mit Schreiben vom 26.06.2019 wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

*„...In den von Ihnen angegebenen Planungsbereichen befinden sich KEINE Glasfaserleitungen und Kabelschutzrohre der:
X Vodafone GmbH (ehem. ISIS / ehem. Arcor AG & Co. KG)...“*

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Wasserwerke Westfalen GmbH

Mit Schreiben vom 26.06.2019 wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...wir informieren Sie darüber, dass die Belange der Wasserwerke Westfalen GmbH durch die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. L 35 – 2. Änderung nicht berührt werden...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Westnetz GmbH - Dokumentation

Mit Schreiben vom 03.07.2019, AZ: 464786 wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 26.06.2019 an die Westnetz GmbH, mit der Sie um Planauskunft für das Projekt „2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 Auf der Insel“ gebeten haben.

In dem angegebenen Bereich befinden sich keine Erdgashochdruckleitungen der innogy Netze Deutschland GmbH. Die innogy Netze Deutschland GmbH, als größter Verteilnetzbetreiber Deutschlands, ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der innogy SE und verantwortlich für Planung, Bau, Instandhaltung und Betrieb ihrer Netze.

Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf Erdgashochdruckleitungen der innogy Netze Deutschland GmbH mit einem Betriebsdruck >5bar.

Für die in dem Bereich Ihrer geplanten Maßnahme verlaufenden KKS Kabel erteilt die Abteilung für Korrosionsschutz und Leittechnik Gas (KKS-DO@rwe.com) eine Stellungnahme...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Westnetz GmbH – Regionalzentrum Arnsberg

Mit Schreiben vom 12.07.2019, AZ: DRW-D-AP-W-Do/as wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...im Gebiet der Stadt Iserlohn betreibt die innogy Netze Deutschland GmbH als Eigentümer und die Westnetz GmbH als Pächterin:

- Gas-Hochdruckanlagen und die zugehörigen Fernmelde-/Steuerleitungen
- Strom-Hochspannungsanlagen
- Strom-Verteilnetzanlagen:
 - Mittelspannungsanlagen
 - Fernmeldeanlagen / Glasfasernetze

Strom - Verteilnetzanlagen betreibt auch ein anderer Netzeigentümer.

Eine Ausfertigung Ihrer Unterlagen haben wir an die zuständigen Abteilungen des Gas-Hochdrucknetzes und der Strom-Hochspannungsanlagen weitergeleitet. Von dort erhalten Sie jeweils eine gesonderte Stellungnahme.

Diese Stellungnahme ergeht für die betroffenen Anlagen der o. g. Verteilnetze im Auftrag der jeweiligen Netzeigentümer:

Im Rahmen der Trägerbeteiligung bestehen unsererseits keine Bedenken oder Anregungen. Ob unsere Anlagen von der externen Kompensation betroffen sind, ist aus der derzeitigen Datenlage nicht ersichtlich. Bezüglich der Ausgleichsflächen bitten wir Sie, uns weiter zu beteiligen, falls die Maßnahmen noch nicht ausgeführt wurden...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.

Die weiteren Versorgungsunternehmen wurden beteiligt.

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans wurde eine Landschaftspflegerische Begleitplanung einschließlich einer Eingriffsbilanzierung erarbeitet. Landschaftspflegerischer Begleitplan einschließlich Biotoptypenkartierung sowie Eingriffsbilanzierung sind als gesonderter Teil der Begründung beigefügt.

Der Ausgleich für das durch die Planung hervorgerufene Kompensationsdefizit erfolgt direkt im Plangebiet. Externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs sind damit nicht erforderlich.

Der Stellungnahme wird damit gefolgt.

Westnetz GmbH – Dortmund

Mit Schreiben vom 23.07.2019, AZ: 129939 wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...für das obige Bauvorhaben haben Sie eine Planauskunft angefordert. Hierbei wurde festgestellt, dass 110-kV-Hochspannungsleitungen betroffen sein könnten. Die Anfrage wurde deshalb an uns weitergeleitet.

Im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine 110-kV-Hochspannungsleitungen der Westnetz GmbH. Planungen von 110-kV-Hochspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.

Falls Sie Fragen zu dieser Nachricht haben, schicken Sie bitte eine Mail an Stellungnahmen@Westnetz.de mit Nennung dieser Vorgangsnummer: 129939. Ferner gehen wir davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.

Diese Stellungnahme betrifft nur die von uns betreuten Anlagen des 110-kV-Hochspannungsnetzes und ergeht auch im Auftrag und mit Wirkung für die innogy Netze Deutschland GmbH als Eigentümerin des 110-kV Netzes...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.
Die weiteren Versorgungsunternehmen wurden beteiligt.

Der Stellungnahme wird damit gefolgt.

Deutsche Telekom AG

Mit Schreiben vom 29.07.2019, AZ: PTI 33 PB 1 L wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Gegen den o.g. Bebauungsplan bestehen keine Einwände. Wir bitten Sie, uns über den weiteren Planungsstand zu informieren...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Unitymedia NRW GmbH

Mit Schreiben vom 22.07.2019, AZ: 346219 wurde im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. L 35 folgende Stellungnahme abgegeben:

„...Zum o. a. Bauvorhaben haben wir bereits mit Schreiben vom 14.05.2019 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter...“

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

In Vertretung

Thorsten Grote
Stadtbaurat

Anlage(n):

- Anlage 1 - Lageplan mit Geltungsbereich
- Anlage 2 - Entwurf des Bebauungsplans
- Anlage 3 - Begründung
- Anlage 4 - Umweltbericht
- Anlage 5 - Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)
- Anlage 6 - Bestandsplan – Biotoptypen (Anlage 1 zum LBP)
- Anlage 7 - Maßnahmenplan (Anlage 2 zum LBP)
- Anlage 8 - Artenschutzrechtliche Vorprüfung (ASP I)
- Anlage 9 - Avifaunistischer Kartierung (Anlage 1 zur ASP I)
- Anlage 10 - Fledermauskartierung (Anlage 2 zur ASP I)